



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
am 10. November 2009
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

<u>Vorsitz :</u>	Stefan Spallek (CDU)
Anwesende Ausschussmitglieder:	siehe Anlage 1
Ferner anwesend:	siehe Anlage 2
Tagesordnung:	siehe Anlage 3
Veröffentlichung:	siehe Anlage 4
Beginn (öffentlicher Teil): 17:10 Uhr	Ende: 19:10 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 32/09, 33/09, 35/09 + NÖ (Drucksachenband 140)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0081 Tagesordnung

1. Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.
2. Vor den Einzelberatungen findet ein sog. Schnelldurchgang statt, bei dem Punkte ohne Aussprache abgestimmt werden.
3. TOP 12 „Bürgerbüro“ wird in der Beratungsfolge vorgezogen und kommt nach der Genehmigung der Niederschrift zum Aufruf.
4. Stv. Schickel bittet um Vertagung von TOP 3 (Neuausrichtung IKW). s. dazu BP 0085
5. Stv. Bohrer bittet um Information über die Sitzung des Arbeitskreises „Städtepartnerschaften“. Dieser Punkt wird als TPO 9.1 (nach SV „Anbahnung Städtepartnerschaft Fatih“) der heutigen Tagesordnung vorgesehen.

Einstimmig

0082 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 08.09.2009

Einstimmig

0083 09-V-33-0007

Zentrales Bürgerbüro im Luisenforum: Evaluierungsergebnisse und neue Öffnungszeiten

Stadträtin Zeimetz berichtet, dass man versucht hat, die Kundenwünsche bei den Öffnungszeiten zu berücksichtigen.

Das Bürgerbüro wird nach wie vor gerade am Morgen stark nachgefragt, nach 18 Uhr gehen die Besucherzahlen extrem zurück.

Man habe jetzt vor, die Öffnungszeiten so anzupassen, dass der Morgenbetrieb entzerren wird. Das Bürgerbüro wird durch die angepassten Öffnungszeiten sogar wöchentlich insgesamt 2 Stunden länger geöffnet sein. Nach ihren Recherchen hat kein anderes Bürgerbüro solche umfassenden Öffnungszeiten.

Stv. Müller signalisiert, dass seine Fraktion die Sitzungsvorlage (SV) mit trägt. Man habe intern des Öfteren über die Öffnungszeiten diskutiert. Man habe auch geglaubt, dass sich die Besucher/innen an die Öffnungszeiten der Geschäfte orientieren würden. Wichtig sei vor allem, dass die Wartezeiten verkürzt werden.

**Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 10. November 2009**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Die Koalition bringt einen Änderungsantrag ein, durch den eine Kundenbefragung bezüglich der Öffnungszeiten angestoßen wird.

Stv. Schickel bedankt sich für die Sitzungsvorlage und die vorausgegangene Evaluierung. Er kann sich eines gewissen Erstaunens über das Verhalten der Wiesbadener Bevölkerung nicht erwehren. Man habe die Öffnung des Bürgerbüros in den Abendstunden als Offerte für die Berufstätigen angesehen - aber die Bevölkerung habe „mit den Füßen“ abgestimmt. Seine Fraktion trägt den Änderungsantrag mit.

Auch Stv. Bohrer begrüßt die ab Januar 2010 geänderten Öffnungszeiten. Er bemängelt aber die nicht abgegrenzte Wartezone aus Gründen des Datenschutzes.

Nach Mitteilung von Herrn Tischel ist die Gestaltung der Wartezone kritisch zu sehen. Das große Oval sei so gestaltet, wie es sei. Die Beschwerden der Besucher/innen seien aber gering. Gerade wenn wenig Betrieb sei, könne man Gespräche besser mithören als bei hohem Publikumsaufkommen. Es gäbe aber auch einen anderen Raum für diskrete Gespräche. Rechts oben werde eine Fläche von der GWW genutzt, die man in Zukunft wahrscheinlich mit nutzen könne. Außerdem könne die Zusatzfläche, die mit Sesseln bestückt sei, ebenfalls nutzen.

Auf Nachfrage von Stv. Bohrer berichtet Herr Tischel, dass die Zusatzfläche der GWW wahrscheinlich sehr bald mit genutzt werden könne.

Stv. Manjura begrüßt den „langen Mittwoch“, fragt aber nach, ob die Arbeitsbelastung für die Mitarbeiter/innen nicht zu hoch sei.

Herr Tischel verweist auf den Abstimmungsprozess, der vorgeschaltet war. Die geänderten Öffnungszeiten sind mit den Mitarbeiter/innen, dem Personalrat und dem Personal- und Organisationsamt abgestimmt worden. Man habe aber auch andere Dinge wie z. B. den Back-Office-Bereich verändert, so dass eine Win-Win-Situation eingetreten sei.

Auf Nachfrage von Stv. Schickel bestätigt Herr Tischel, dass im Moment keine Mehrkosten entstehen, denn die erweiterten Öffnungszeiten würden mit dem vorhandenen Personal abgedeckt.

Der Änderungsantrag wird einstimmig übernommen und in den Magistratsbeschluss eingearbeitet.

Einstimmig

0096 08-A-21-0002

Sachstand zum Bürgerbüro
- Bericht des Dezernates für Bürgerangelegenheiten und Integration -

Die Angelegenheit hat durch die Einbringung der vorstehenden Sitzungsvorlage ihre Erledigung gefunden.

Einstimmig

**Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 10. November 2009**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0084 09-F-25-0095

Imame in Wiesbaden
- gem. Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 12.10.2009 -

Vors. Spallek begründet den Antrag. Man wolle mit dem Antrag den Magistrat bitten, den Fragekatalog zu beantworten, damit man sich ein besseres Bild über die Imame machen könne.

Stv. Schickel fragt nach, wo denn die Stoßrichtung dieses Antrages hingehen solle. Das Ganze würde sich auf Bundesebene abspielen. Es sei eigentlich keine komplizierte Sache. Man gehe davon aus, dass die Imame eigentlich Deutsch beherrschen müssten. Sie würden von der Türkei bezahlt. Er hätte gern eine Erklärung über die Zielsetzung des Antrages.

Stv. Bohrer empfindet den Fragenkatalog des Antrages eigentlich als Diskriminierung. Würde unterstellt, dass Imame gegen die Rechtsordnung verstoßen? Aus Datenschutzgründen hält er den Antrag für problematisch. Er werde ihn nicht mit beschließen.

Vors. Spallek erklärt, dass man bisher keinen Einblick in die Abläufe habe und darüber Aufklärung erhalten möchte. Offenbach habe ein Vorreiterprojekt aufgelegt - hier würden Imame in typischen Alltagssituationen ausgebildet. Sie müssten auch z. B. Steuerklärungen abgeben.

Stadträtin Zeimetz erklärt, dass der Magistrat den Antrag ausdrücklich unterstütze. Man habe vor gut 2 Jahren eine Integrationsvereinbarung geschlossen, u. a. auch deshalb, um mehr Transparenz zu erhalten. Es sollten z. B. Deutschkurse für Imame angeboten werden. Ein Großteil der Fragen könne mit den Vertragspartnern geklärt werden. Sie hält den Antrag für einen Teil der Umsetzung der Integrationsvereinbarung.

Genau dazu erklärt Stv. Schickel, dass dies der Ansatzpunkt sei - DITIB sei bisher der Integrationsvereinbarung nicht beigetreten. Er befürchtet, dass der Antrag ein Zeichen in Richtung Misstrauen setzen könnte. Die Integrationsvereinbarung habe sich bewährt. Er möchte das gute Klima nicht in latentes Misstrauen geändert wissen.

Stv. Bohrer fragt nach, ob denn die Persönlichkeitsrechte der Einzelnen durch den Antrag gewahrt bleiben.

Stadträtin Zeimetz bekräftigt noch einmal, dass sie nicht davon ausgeht, dass der Antrag Misstrauen aufbaut. Man habe z. B. die Verabredung, dass Imame Deutsch lernen müssen. Vielleicht können sie aber Deutsch, man wisse dies aber nicht. Man müsse aber klären, ob es Handlungsbedarf gäbe.

Herr Tischel weist darauf hin, dass man z. B. beim Zuzug von Imamen keinen Ermessensspielraum habe. Bei dem Personal der christlichen Kirchen könne man alle Informationen über das Internet abrufen und es müsse gleiches Recht für Alle geben.

Lt. Stv. Müller sieht er weder generelles Misstrauen in diesem Antrag noch sei der Datenschutz gefährdet.

Man erwarte eine anonymisierte Übersicht und frage nichts nach, was den Ausschuss nichts angehe. Man könne z. B. auch sehen, wie sich die Gemeinden entwickeln und müsse niemanden extra zu einem Gespräch einladen.

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 10. November 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Der Ausschuss habe sich auch seinerzeit beim Thema „Hassprediger“ eingemischt und Herr Nasri habe dies als richtig empfunden.

Stv. Bohrer hält es aber weiterhin für bezeichnend, dass gerade bei Imamen nachgefragt werde.

Vors. Spallek weist darauf hin, dass es sich primär um eine Bestandsaufnahme handele. Er bittet darum, dem Antrag eine Chance zu geben - man könne zumindest Schlüsse aus den Antworten ziehen.

Lt. Stv. Manjura bleibe das komische Bauchgefühl, obwohl er durch die Erklärungen optimistischer gestimmt sei. Auch er sehe durch die Vielfalt der Glaubensgemeinschaften einen Informationsbedarf; man sei definitiv noch nicht über Abläufe aufgeklärt.

Lt. Stv. Dumont soll durch den Antrag Transparenz erzeugt werden. Außerdem würde Wiesbaden allgemein wegen der Integrationsarbeit gelobt.

Stv. Schickel geht davon aus, dass Stv. Müller komisch reagieren würde, wenn man z. B. einen Antrag bezüglich des Stadtdekans formuliert hätte.

Stv. Müller hält Frage 3 des Antrages für die klügste. Man könne Vorurteilen entgegen wirken.

Stv. Bohrer ist sich nicht so sicher, dass Vorurteile abgebaut würden.

gegen Linke Liste, Enth. SPD

0085 09-F-25-0097

Neuausrichtung der Interkulturellen Woche -Wiesbadener Integrationsgespräche
- gem. Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 03.11.2009 -

Stv. Müller begründet den Antrag und weist darauf hin, dass er die Konsequenz aus der länger andauernden Diskussion über die IKW ist. Man sei nicht besonders glücklich mit der jetzigen Ausrichtung. Die Zielrichtung sei nicht falsch, aber in Wiesbaden habe sich über die Zeit eine andere Situation ergeben.

Man habe nun vor, die stadtteilbezogenen Dinge zu fördern und Integrationsgespräche weiter zu entwickeln.

Stv. Schickel erinnert an seinen Antrag zu Beginn der Sitzung, diesen Antrag als eingebracht zu betrachten und in der Dezember-Sitzung zu behandeln. Er hält eine Änderung auch für sinnvoll, hat aber inhaltlich noch Klärungsbedarf.

Stv. Bohrer ist über den Antrag überrascht und ist nicht damit einverstanden, dass 2/3 der Mittel für Integrationsgespräche geplant sind.

Der Antrag gilt als eingebracht und wird in der Dezember-Sitzung zum Aufruf kommen.

Einstimmig

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 10. November 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0086 09-F-01-0097

Öffentliche Toiletten / Verhandlungen mit Anbietern
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 03.11.2009 -

Lt. Stv. Schickel bleibe seine Fraktion an diesem „anrühigen“ Thema dran, da es für ihn Bürgerservice bedeutet, öffentliche Toiletten anzubieten. Nicht nur die Innenstadt sei betroffen, sondern auch die Außenbezirke wie z. B. die Maarau. Man habe von der Arbeitsgruppe „Stadtmöblierung“ nichts mehr gehört, die sich mit dem Thema beschäftigen sollte.

Vors. Spallek signalisiert, dass die Koalition den Antrag mit tragen wird.

Stv. Bohrer hält zwar Berichtsanträge für gut, würde sich aber über Veränderungen mehr freuen.

Einstimmig

0087 09-F-01-0098

Bürgerschaftliches Engagement / Ehrenamtskarte
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 03.11.2009 -

Stv. Manjura begründet den Antrag. Er führt u. a. aus, dass sich 64,4 % der Bürger/innen nicht ehrenamtlich engagieren, von denen sich aber 35 % vorstellen können, sich doch zu engagieren. 83 % der Befragten wünschen sich stärkere Unterstützung der ehrenamtlichen Tätigkeit - die Ehrenamtskarte könnte ein Schritt in die richtige Richtung sein. Nur 4 Personen der ehrenamtlich Tätigen besitzen zurzeit eine Ehrenamtskarte, das sind 5 %. Vielleicht sind ja die Anforderungen zu hoch gesteckt.

Vors. Spallek signalisiert, dass der Antrag mit getragen wird.

Einstimmig

0088 09-F-01-0100

Gedenken an die von den Nationalsozialisten verfolgten Sinti und Roma in Wiesbaden
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 03.11.2009 -

Stv. Schickel begründet den Antrag. Er berichtet u. a. dass die Stolpersteine in Wiesbaden gut angenommen wurden und das Aktive Museum fast überlastet ist mit diesem Projekt, dass das Mahnmal wieder im Gespräch sei.

Eine Gruppe sei bisher aber nicht hinreichend berücksichtigt worden - Sinti und Roma. Es gäbe zwar ein Mahnmal an der Bahnhofstraße, was aber kaum Beachtung finde.

Herr Ricardo Laubinger sei beim Reinigen des Mahnmals von Ordnungskräften regelrecht verjagt worden.

Stv. Bohrer weist darauf hin, dass man bis in die 80ziger Jahre das Schicksal der Sinti und Roma im Dritten Reich nicht wahr haben wollte. Durch Helmut Schmidt und Roman Herzog wurde ein

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 10. November 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Nachholbedarf bekannt. In Wiesbaden sollte man weiter an dem Thema arbeiten. Er wisse über Kontakte zu

einer Organisation der Sinti und Roma, dass das Mahnmal in der Bahnhofstraße bekannt sei. Er bittet darum, dass auch andere Stadtteile berücksichtigt werden.

Vors. Spallek signalisiert, dass der Antrag mit getragen wird.

Einstimmig

0089 09-F-06-0052

Bürgerversammlungen nach § 8a der HGO
- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 04.11.2009 -

Stv. Bohrer begründet den Antrag, der aus 2 Teilen besteht. Unter Ex-OB Exner habe es regelmäßig Bürgerversammlungen gegeben. Eine Bürgerversammlung wäre aktuell für den Bürgerhaushalt gut gewesen. In einem demokratischen Gefüge müsse man die Bürgerversammlungen stärker stützen. Die Verdrossenheit gegenüber Wahlen und Mandatsträgern nehme zu.

Vors. Spallek teilt mit, dass die Koalition den Antrag nicht unterstütze. Gerade in diesem Bereich werde genug getan. Die Nachfrage sei einfach nicht so groß, wie immer behauptet werde.

Stv. Schickel möchte keine Diskussion über den misslungenen Bürgerhaushalt führen. Oft werde der Wechselbezug nicht gesehen. Man könne auch das Interesse der Bürger/innen wecken. Man müsse sich fragen, woher die ganze Verdrossenheit der Bürger/innen komme. Der Mensch sei einfach bequem.

Er bedauert, dass der Antrag abgelehnt werden wird.

Stv. Bohrer weist darauf hin, dass ein Berichtsantrag auch als Anfrage nach § 43 GO möglich ist. Er berichtet über ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit aus dem Ortsbeirat Kastel. Für den Stationsentwicklungsplan habe man eine Bürgerversammlung beantragt, die aber von Prof. Dr. Pös abgelehnt wurde.

Vors. Spallek hat Probleme mit Pauschalisierungen. Die Politikverdrossenheit sei sicher ein Problem, aber ob Bürgerversammlungen der Königsweg seien, wagt er zu bezweifeln.

Stv. Dumont hat leidvolle Erfahrungen mit Bürgerversammlungen im Ortsbeirat sammeln müssen. Oft seien solche Veranstaltungen mangels Beteiligung abgesagt worden.

Stv. Schickel wirft ein, dass man sicher eine Grundsatzdebatte über Bürgerverhalten führen könne. Man müsse den Bürger/innen aber auch Zeit lassen und die Bürger an die Fragen heranzuführen.

gegen SPD und Linke Liste abgelehnt

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 10. November 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0090 07-F-25-0071

"Willkommenspaket" für Neubürgerinnen und Neubürger und Studierende
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP
vom 12.06.2007 -

Herr Bock (Hauptamt) hat das Willkommenspaket mitgebracht, wobei die Visitenkarte noch fehlt. Im Laufe des Monats November soll das Paket fertig gestellt und in einer Pressekonferenz von den Dezernaten I und VII gemeinsam vorgestellt werden.

Der Flyer wird über die Ortsbezirke und das Bürgerbüro informieren (mit Öffnungszeiten).

Im Wegweiser durch die Stadtverwaltung ist bewusst noch Frau Thiels genannt worden.

Sehenswertes in Wiesbaden ist in einem Lesezeichen aufgelistet (wiederkehrende Veranstaltungen).

Es liegen 2 ESWE-Fahrkarten und eine Energiesparlampe bei.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis. Die Angelegenheit hat für den Ausschuss seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0091 09-V-10-0021

Anbahnung Städtepartnerschaft - Beziehungen zu Fatih/Istanbul -

Stv. Schickel hat von einem Gegenbesuch von Fatih in Wiesbaden gehört, der aber wohl auf Anfang 2010 verschoben werden soll.

Frau Lankau (Hauptamt) berichtet, dass man den letter of intendt schnell auf den Weg bringen wollte. Jetzt ist es eine Sache der Terminfindung, einen Gegenbesuch zu schaffen. Es würde sicher positiv.

Der Ausschuss nimmt die Sitzungsvorlage zur Kenntnis.

Einstimmig

0092 09-A-21-0004

Arbeitskreis Städtepartnerschaften

Vors. Spallek wird aus den Sitzungen des Arbeitskreises im Ausschuss berichten und über wichtige Dinge informieren.

Der Arbeitskreis hat entschieden, dass die Linke Liste nicht an den Sitzungen des Arbeitskreises teilnehmen wird.

Stv. Bohrer weist darauf hin, dass in der GO kein Arbeitskreis festgeschrieben ist. Seine Fraktion sei ausgegrenzt. Man habe aber z. B. im Arbeitskreis IKW sachorientiert mitgearbeitet.

Einstimmig

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 10. November 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0093 09-V-10-0007 + 0094 09-A-21-0002

Ludwig-Beck-Preis für Zivilcourage der Landeshauptstadt Wiesbaden; Änderung der Verleihungsrichtlinien

Herr Bock (Hauptamt) berichtet darüber, dass die Verleihungsrichtlinien neu ausgerichtet werden sollen und dazu auch ein Expertengespräch stattgefunden habe. Es soll zukünftig praktisch 2 Preise geben, einen, der auf Wiesbaden bezogen ist (1.500 €) und einen, der globalen Bezug hat (10.000 €).

Stv. Schickel möchte etwas weiter ausholen und berichtet, dass der Preis für Zivilcourage eine längere Vorgeschichte hat. Seine Fraktion war schon bei Einführung des Preises mit der Bezeichnung „Ludwig-Beck-Preis“ nicht einverstanden. Ludwig Beck habe sein Leben bei der Auflehnung gegen eine Diktatur gelassen, aber einen Preis in einer Demokratie so zu nennen, ist nicht passend. In Wiesbaden gäbe es kaum eine Situation, wo man zu Hilfe kommen müsse, so sei auch in 2008 der Preis nicht verliehen worden.

Mit der jetzt vorgestellten Regelung sei man in keiner Weise einverstanden. Die unterschiedlichen Preishöhen für möglicherweise ein und denselben Vorgang nur durch den Bezug Wiesbaden oder eben auswärtig zu begründen, ist nicht einleuchtend.

Er frage sich auch, warum auf internationale Ebene gehen wolle.

Er bringt einen Änderungsantrag ein, nach dem die Sitzungsvorlage überarbeitet werden soll, da sie momentan nicht beschlussfähig sei.

Vors. Spallek berichtet, dass man die ersten Infos zur Änderung der Verleihungsrichtlinien aus der Presse habe erfahren müssen.

Er sei aber froh über die Lösung, die jetzt gefunden wurde und sieht in der Änderung der Richtlinien eine Leuchtturmfunktion. Es sei auch nicht problematisch, den Preis nicht jedes Jahr zu vergeben.

Er schlägt vor, die Sitzungsvorlage heute nicht zu beschließen, sondern um einen Sitzungszug zu schieben. Er hätte gern einen überparteilichen Konsens bei dieser Angelegenheit.

Stv. Bohrer geht davon aus, dass man an nichts gebunden sei, wenn der Preis alle 2 Jahre vergeben werden soll. Mit der jetzigen Änderung wird die Preisverleihung mehr bekannt gemacht. Aber ob die Unterschiede zwischen Wiesbaden und einem internationalen Vorfall sein müssen, hält er für kritisch. Wie soll da gerecht ausgesucht werden. Bei der angespannten Haushaltslage ist auch nicht klar, warum der Preis in der angedachten Höhe vergeben werden muss.

Frau Lankau weist darauf hin, dass man mit diesen geänderten Verleihungsrichtlinien eine größere Auswahlmöglichkeit hätte und mehr Vorschläge annehmen könnte.

Die Sitzungsvorlage wird um einen Zug geschoben.

Einstimmig

0095 09-V-33-0006

Erste Fortschreibung des Integrationskonzeptes für die Landeshauptstadt Wiesbaden

Vors. Spallek bedankt sich für die Sitzungsvorlage.

Seite 10 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 10. November 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stadträtin Zeimetz schließt sich dem Lob an und ist stolz, dass die Integrationsabteilung ein Konzept für die nächsten 5 Jahre vorstellen kann.

Vors. Spallek kündigt an, dass man das Thema in der Stadtverordnetenversammlung intensiver behandeln möchte.

Stv. Manjura und Stv. Bohrer schließen sich dem Lob an und bedanken sich für das positive, detailliert ausgearbeitete Konzept.

Einstimmig

0097 09-V-80-8012

Stadtfest 2010 und 2011

Herr Clausen (Amt für Wirtschaft und Liegenschaften) erklärt, dass es in der Sitzungsvorlage um die Fortschreibung eines erfolgreichen Konzeptes gehe. 7 Tage / 7 Tische sei Vorläufer gewesen. Der Zeitraum für diese Veranstaltung war aber zu groß und es konnten nicht genug Besucher erreicht werden. Das neue Konzept für die Jahre 08/09 sei aufgegangen. Man habe Besucherströme zu verzeichnen gehabt. Gerade die Hauptattraktionen (Otto Waalkes und Reamonn) hätten die Massen angelockt. Er weist aber auch darauf hin, dass es 2009 sehr schwierig war, Sponsoren zu finden. Es sei aber schließlich gelungen. Bürger und Handel waren zufrieden.

Stv. Dumont hält das Stadtfest für eine gelungene Veranstaltung.

Stv. Manjura weist darauf hin, dass seine Fraktion sich enthalten werde, da man kontroverse Haltungen in der Fraktion habe.

Stv. Bohrer wird angesichts der Haushaltslage enthalten.

Gegen Linke Liste bei Enth. SPD

0098 09-V-30-0006

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk AKK I Mainz-Kastel

Einstimmig

0099 09-V-30-0007

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen AKK I Mainz-Kastel

Einstimmig

Seite 11 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 10. November 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0100 Bericht der Dezernentin

Einstimmig

0101 Verschiedenes

Vors. Spallek schlägt vor, dass der Ausschuss nach der letzten Sitzung im Jahr 2009 gemeinsam den Weihnachtsmarkt besuchen könnte.

Die Fraktionen sollten möglichst auf politische Anträge in der letzten Sitzung verzichten.

Die Sitzung im Dezember wird um 18 Uhr beginnen.

Einstimmig

nicht öffentliche Sitzung

0103 09-V-10-0022

Bürgerfest 2009

Enth. Linke Liste

Anlagen

Wiesbaden, .01.2010

Vorsitzender

Schriftführerin

Weitere Schriftführerin

Spallek

Karipidou

Koba